

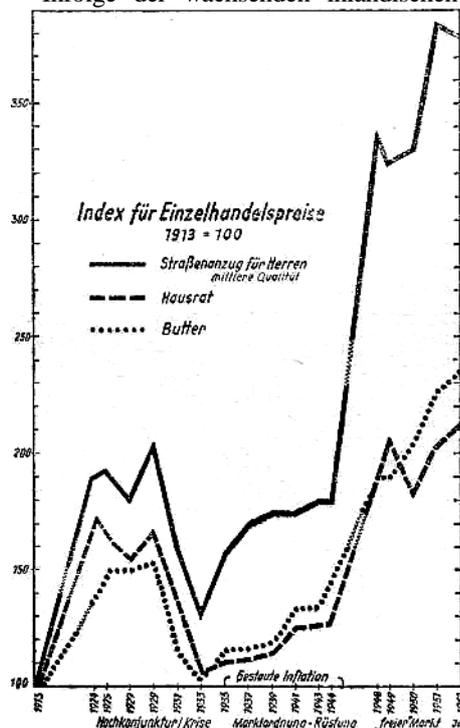
## Verkäufermarkt und Preisinflation

### *Die inflationistische Tendenz des monopolistischen Marktes*

Butter war nach 1938 eine immer seltenere Ware geworden. Die unzureichende Eigenerzeugung bei starker Abschließung gegenüber den Außenmärkten zwang bereits damals zu einer quotenmäßigen Zuteilung. Wer genug Geld hatte, konnte allerdings seinen Bedarf voll und ganz decken. Das war das Vorspiel für den Schwarzmarkt, wie wir ihn nach dem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch von 1945 bis zur Währungsreform erlebt haben, wo für ein Pfund Butter 400, 600, sogar 800 RM gegeben wurden. Nach der Währungsreform ließen die ausländische Einfuhr — zunächst finanziert aus Marshallplanmitteln —, die steigende Eigenerzeugung und die teilweise Ausschaltung der kleinen Einkommenbezieher durch den Bezugschein Geld diesen schwarzen Markt verschwinden.

Nicht verschwunden ist aber bei den Erzeugern die Erinnerung an die Vorteile dieses Verkäufermarktes, der es unter dem Zeichen des Mangels erlaubte, phantastische Preise zu fordern. Ein solcher an Hunger grenzender Mangel droht allerdings die gesellschaftliche Ordnung zu sprengen und kann deshalb kein Dauerzustand sein. Aber läßt der Verkäufermarkt, wenn auch in zivileren Formen, sich nicht auch im normalen Wirtschaftsablauf aufrechterhalten und so hinreichende, vor allem aber gleichbleibende Vorteile erzielen? Unsere Butterpreispolitik beweist, daß das mit wohlwollender Unterstützung des Staates möglich ist.

Infolge der wachsenden inländischen Erzeugung und der zunehmenden Einfuhr



überstiegen allmählich die für den Verkauf verfügbaren Buttermengen den konstanten Verbrauch, der durch den Bezugschein Geld ja begrenzt blieb. Der Kilopreis war von durchschnittlich 3,19 RM im Jahre 1938 bei nominell annähernd gleichgebliebenem Masseneinkommen 1948/1949 auf 5,12 DM gestiegen. Der zurückbleibende Verbrauch drohte einen Druck auf die Preise auszuüben. Deshalb begannen die Einfuhr- und Vorratsstellen auf Staatskosten Butter einzulagern, zum Teil in erheblichem Maße, um sie in der Zeit des winterlichen Erzeugungsrückgangs zu verkaufen. Aber die Preis-„Anhebung“ durch die Manipulierungen der Einfuhr- und Vorratsstellen erwies sich als zu unsicher. Im Oktober 1951 wurde deshalb beim Übergang vom Gewichtszoll zum Wertzollsystem für Butter eine Zollbelastung von 25 vH. eingeführt. Zwar führten im Frühjahr 1952 die starke Butterschwemme und die umfangreiche Räumung der Läger zu einer Preissenkung, die durch den steigenden Verbrauch nur teilweise kompensiert wurde. Danach wurde

aber die Zollsperrung voll wirksam. Die Einfuhren sanken stark ab. Die Preise stiegen im Herbst sprunghaft. Damit war der beabsichtigte Erfolg erreicht, *den Käufermarkt wieder in einen Verkäufermarkt zu verwandeln*. Es gelang der Regierungsmehrheit im Parlament auch, die Aufhebung des Zolls und damit die Gefahr eines Preisdrucks und erneuten Käufermarkts abzuwehren. Inzwischen ist der Verbrauch wieder so stark gesunken, daß auch die Preise wieder zurückgingen.

So ist unter dem Schlagwort „Markttordnung“ (deren Berechtigung für die Landwirtschaft nicht bestritten wird) ein monopolistischer Markt errichtet worden, dessen Überpreise den Verbraucher belasten, die Verkaufsmenge beschränken und die Produktion drosseln.

Auf dem Markt der industriellen Güter sieht es nicht anders aus. Nach dem ersten Weltkrieg wurde der Versuch unternommen, den Verkäufermarkt der Kriegszeit aufrechtzuerhalten, also das Preisdiktat der Erzeuger und Verkäufer zu Lasten des Käufers. Selbst auf dem Textilgebiet mit seiner Vielzahl von Erzeugern, Groß- und Kleinhändlern hatte das zunächst Erfolg. Durch Preisabsprachen zwischen den Erzeugern (beginnend schon beim Rohstoff), Empfehlungen und Richtlinien der Wirtschaftsverbände kam eine gewisse Übereinstimmung zustande, die begünstigt wurde durch die Notwendigkeit für den Verbraucher, seine Bestände unter allen Umständen zu ergänzen. Ein Herrenanzug mittlerer Qualität kostete 1924/25 rund 90 vH mehr als 1913. Nach einem zeitweisen Rückgang erreichte der Preis 1929 seine Spitze bei reichlich dem Doppelten von 1913. Dann bewirkte die mangelnde Kaufkraft der Verbraucher in der ganzen Welt die große Krise; denn überall waren die gleichen Verkaufspraktiken angewandt worden. Absatzmangel und Konkurse erzwangen trotz aller Konzernbindungen und Kartellabsprachen einen erheblichen Preissturz. Trotzdem kamen die Preise nicht wieder auf die Vorkriegshöhe, sondern hielten sich auf einem Indexstand von 131 gegenüber 1913 (etwa 47 RM für einen Straßenanzug). In der Nazizeit mit ihrer gesteuerten Rüstungswirtschaft kam zwar der Preisstop, um die gestaute Inflation zu ermöglichen. Aber der Preis für einen Anzug konnte bis 1938 doch wieder auf 62,50 RM (= 174 Indexpunkte) steigen. Krieg und Notzeit stauten dann einen riesigen unbefriedigten Bedarf auf, der bei Freigabe des Marktes nach der Währungsreform sofort zu einer sprunghaften Preissteigerung, zur Verdoppelung der vorhergehenden Preise und zu mehr als einer Verdreifachung unseres Ausgangspreises von 1913 führte. Absatzstockungen infolge fehlender Kaufkraft für derart überhöhte Preise führten 1949 zu Preisrückgängen. Das gleiche geschah im verflossenen Jahr. Inzwischen aber hatte der Korea-Boom, der durch Furcht vor Krieg und Warenmangel erneut erstandene Verkäufermarkt, die Preise wieder höher getrieben. Die „Stabilisierung der Preise“ erfolgt also auf einer zunehmend höheren Ebene.

Beim Hausrat sind die Preissprünge nicht ganz so hoch wie beim Herrenanzug oder den Textilien ganz allgemein. Die Preistendenz ist aber die gleiche (s. Schaubild 1).

#### *Unsere Märkte sind monopolistisch*

Der Verkäufermarkt, der aus Rüstung und Krieg — wenn man so will — „natürlich“ entstanden ist, hat in den Nachkriegsjahren zu einer außerordentlichen Erhöhung aller Preise geführt. Das zeigen nicht nur die Indexkurven von Einzelhandelspreisen für Verbrauchsgüter; das zeigt ebenso unsere Kurve der Großhandels- und Erzeugerpreise in Deutschland (Schaubild 2). Mag eine Vergleichung des Indizes aus den Jahren bis 1924, der anschließenden Zeit und schließlich der Berechnungen der letzten Jahre in der Einzelziffer nicht ganz exakt zutreffen; eines zeigt der Verlauf der Indizes trotzdem deutlich: daß sich gegenüber allen Konjunkturschwankungen (1930-34), Währungseinflüssen (1919-23) und staatlicher Preiskontrolle (1934-44)

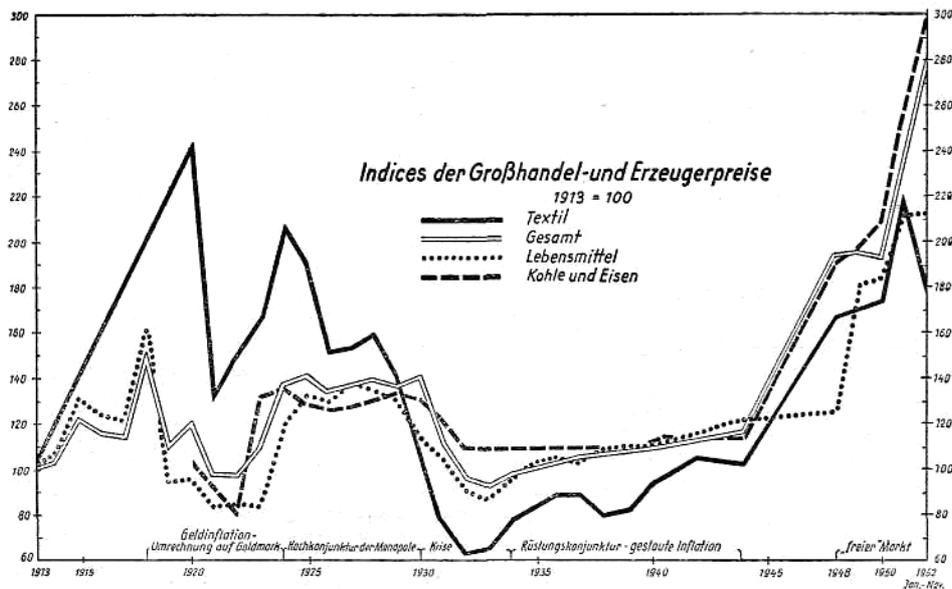


Schaubild 2

eine Tendenz zu steter Preiserhöhung durchsetzt, obwohl in diesem halben Jahrhundert phantastischer Entwicklung von Technik und angewandter Naturwissenschaft die Produktionsmöglichkeiten und Produktionskräfte der Menschen außerordentlich viel größer geworden sind und die Produktivität unserer Arbeit erheblich gestiegen ist. Ebenso ist diese Tendenz zur Preiserhöhung wirksam gewesen, obwohl sich durch Verbreiterung des Absatzes beachtliche Kostensenkungen ergeben haben.

Fast noch drastischer als in Deutschland können wir die Entwicklung in Frankreich verfolgen. Dort wird die Wirtschafts- und Preisstruktur noch stärker aufrechterhalten als bei uns. Es ist zur Selbstverständlichkeit geworden, rückläufige Umsätze durch erhöhte Gewinnspannen auszugleichen. Auf dieser Praxis beruht weitgehend die französische Inflation der letzten Jahre. So gelang es zwar beim „Experiment Pinay“, die Fabrik- und Großhandelspreise für Textilwaren um 10 bis 25 vH zu senken, die Einzelhandelspreise gingen aber im günstigsten Fall nur um 5 vH zurück. Ein ähnliches Verhältnis zeigt unser Vergleich der Indexkurve der Textilgroßhandels- und Erzeugerpreise mit der des Einzelhandelspreises für einen Straßenanzug (s. Schaubild 3).

In der Tendenz dieser Kurven drückt sich eine entscheidende Wandlung des kapitalistischen Wirtschaftssystems aus. Es hat zwar nicht seine Natur (Profitstreben als einziger Leistungsantrieb), wohl aber seine Form geändert. Aus dem individuellen Wettbewerb einer Vielzahl von Erzeugern ist die regulierte Konkurrenz geworden; die Einzelmärkte werden durch Zusammenschlüsse der Erzeuger oder durch marktbeherrschende Konzerne und Trusts im privaten Interesse geregelt. Meistens bedarf es dazu auch staatlichen Schutzes, um den „nationalen“ Markt für die „nationale“ Industrie zu schützen. Doch ist dieser staatliche Schutz angesichts des Gewichts dieser Interessen und ihrer meist engen Verflechtung mit den führenden Schichten im Staate leicht zu erreichen. Entstand doch die deutsche Schutzzollpolitik Ende der siebziger Jahre aus einem Bündnis der Großlandwirtschaft und der Eisenindustrie — ein Vorgang, der sich um diese Zeit in vielen Staaten wiederholte.

Am frühesten und stärksten setzte sich diese Regelung des Marktes durch private Zusammenschlüsse in der Schwerindustrie, vor allem bei Kohle und Eisen durch. Die außerordentlich hohen Investitionen in jedem einzelnen Unternehmen machten das Risiko sinkender Beschäftigung sehr groß. Dazu kam die Schwierigkeit, ja stellenweise die Unmöglichkeit, sich auf andere Produktionen umzustellen. Beides wirkte zusammen, um das Streben hervorzurufen, das Risiko jeden scharfen Wettbewerbs auszuschalten.

Diese Marktregelung schloß nicht aus, daß in wirtschaftlichen Depressionen 1900/01 und 1907 die Preise gesenkt werden mußten. Sie konnte auch nicht verhindern, daß in der Geldinflation nach dem ersten Weltkrieg — in Goldmark errechnet — ein Preisverfall eintrat, der dem damals allgemeinen Ausverkauf der Substanz entsprach, der aber sofort — noch während der Inflation — nach oben

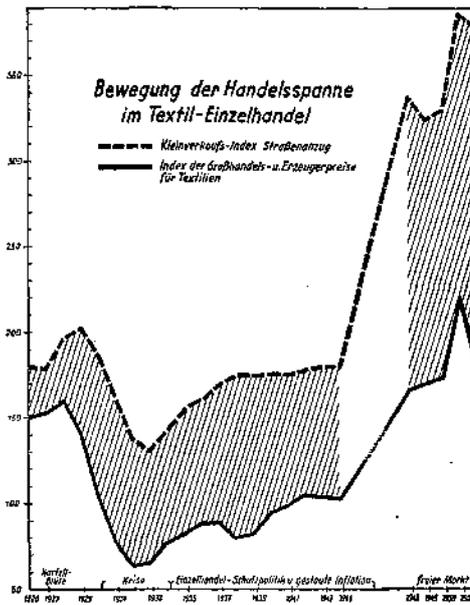


Schaubild 3

korrigiert wurde. Aber ein ausgesprochener Preissturz wurde selbst in der großen Krise nach 1930 verhindert. Staatliche Käufe, Stützungsmaßnahmen und Subventionen verhinderten radikalen Lagerabbau, Preiszusammenbrüche und Konkurse, bis die Aufrüstung nach 1934 neuen und nicht mehr abreißen den Bedarf schuf. Im übrigen zeigt die Indexkurve, daß die Preisbewegungen in den dazwischen liegenden Jahren verhältnismäßig geringfügig waren, daß günstige Konjunkturen, wie die große Wehrevorlage von 1911 oder die Situation im Jahre 1924, zu Preiserhöhungen ausgenutzt wurden, wobei man aber übermäßige Preisausschläge vermied. In der nazistischen Rüstungswirtschaft wurden von Staats wegen die Preise niedrig gehalten, um — wie bereits erwähnt — die aufgestaute Inflation zu ermöglichen.

Erst die Freigabe der Preise nach der Währungsreform ließ nicht nur die „freien“ Preise emporschnellen, sondern auch die noch bewirtschafteten Preise für Kohle und Eisen. Doch deckt sich ihr Index zunächst durchaus noch mit dem Gesamtindex. Erst mit dem Korea-Boom und schließlich der Eisenpreis-Freigabe geht er steil nach oben.

Selbst auf dem Agrarmarkt mit seiner Vielzahl individueller Erzeuger und Anbieter reichen Zoll und Einfuhrschutz hin, um auch für die Lebensmittelpreise die Tendenz steter Erhöhung wirksam werden zu lassen. Die Schwankungen der Ernterträge führen zwar zu stärkeren Preisbewegungen, als das bei Kohle und Eisen der Fall ist; sie führen auch zu stärkerem Preisfall in Krisenzeiten und zu höheren Preisen in Mangellagen. Die Gesamttendenz beider Kurven ist aber doch recht ähnlich. Der Zoll- und Einfuhrschutz ist also für eine Vielzahl nicht sonderlich straff organisierter Verkäufer fast ebenso wirksam wie die straffe Kartellierung und Konzernierung der Schwerindustrie.

Am stärksten drücken sich die effektiven Marktschwankungen noch in der Kurve der Großhandels- und Erzeugerpreise bei Textilien aus. Bei den Einzelhandelspreisen sind diese Schwankungen stark abgeschwächt. Aber auch die Gesamttendenz des Textilindex entspricht trotzdem in großen Zügen der des Gesamtindex. Dessen Tendenz

geht mit Ausnahme der Zeit von 1930 bis 1939 nach oben. Die *Durchschnittswerte je Jahrfünft* machen das deutlich. Sie betragen:

1900—1904	100	1925—1929	167,1
1905—1909	110,8	1930—1934	130,8
1910—1914	120,8	1935—1939	126,8
1915—1919	149,5	1940—1944	138
1920—1924	136,2	1948—1952	264,6

Selbst der scharfe Einschnitt der großen Krise hat sich wohl in einem Preissturz vieler Weltmarkterzeugnisse ausgedrückt, aber auf unserem Binnenmarkt nur eine verhältnismäßig geringe Abschwächung hervorgerufen. Das Preisniveau blieb über dem höchsten Stand der Zeit vor dem ersten Weltkrieg. Und es ist kaum wahrscheinlich, daß das hohe Preisniveau der jetzigen Nachkriegszeit jemals unter den damaligen Stand sinken wird, selbst wenn ein krisenhafter Konjunkturreinbruch es erheblich zurückbilden sollte.

Die Tendenz der Preisbewegungen zeigt, daß für sie nicht mehr der Wettbewerb zahlreicher Erzeuger und Verkäufer bestimmend ist, sondern eine Preisregelung nach privaten Profitinteressen. Sorgte früher der individuelle Wettbewerb — wenn auch mit starken Abstrichen gegenüber der klassischen Theorie — noch annähernd für einen Ausgleich der einander entgegengesetzten Interessen von Erzeugern und Verbrauchern, so diktiert auf den heutigen, monopolistisch geregelten Märkten einseitig das Profitinteresse der Erzeuger und Händler. Es findet seine Schranken nur an der begrenzten Kaufkraft der Verbraucher.

#### *Der monopolistische Markt hat inflatorische Tendenz*

Der Schutz eines nationalen Marktes gegen Einfuhren — in der Propaganda heißt es „überhöhte“ Einfuhren — hat den Zweck, das Angebot auf diesem Markt zu beschränken. Beschränktes Angebot bedeutet höhere Preise infolge stärkeren Nachfrage drucks, obwohl in diesem Fall der individuelle Wettbewerb innerhalb des Marktgebietes nicht aufgehoben wird. Aber zahlreiche Produzenten und Händler, die sich an der Grenze der Wettbewerbsfähigkeit befinden, bleiben auf dem Markt, weil bei diesen erhöhten Preisen ihre unrationellen Kosten noch gedeckt werden.

Die private Marktregelung durch Kartelle oder Syndikate verfolgt den gleichen Zweck wie der staatliche Handels-Protektionismus und ist meist eng mit ihm verflochten. Der Zweck jedes Kartells, ganz gleich ob es als „Kind der Not“, aus rationaler Überlegung oder aus markt imperialistischen Beweggründen geboren wurde, ist die Ausschaltung scharfen Wettbewerbs, der in diesem Fall „ruinös“ genannt wird.

Es ist wohl kaum nötig, auf die Frage der marktbeherrschenden Unternehmungen einzugehen, wie wir sie besonders unter den Trusts finden, die auf dem Weltmarkt in einzelnen Produkten eine oft ausschlaggebende Rolle spielen (Rockefeller- und Shell-Gruppe für Öl, Unilever für Fettstoffe, International Nickel Co of Canada für Nickel, die Morgan-Banken). Grundzüge und Tendenzen bleiben dieselben. Es ist die Absicht, einen geschlossenen Markt zu scharfen und diesen Markt durch Verknappung des Angebots in einen Verkäufermarkt zu verwandeln. Dann brauchen die Preise nicht mehr an den Kosten orientiert zu werden, da die Knappheit des Angebots gestattet, auch überhöhte Preise zu fordern und zu erhalten. Selbst das Streben nach Kostensenkung wird unter diesen Umständen vermindert und erscheint oft genug als überflüssige Anstrengung.

Im Einzelfall mögen die produktionshemmenden Umstände durch produktionsfördernde ausgeglichen werden, wie Sicherheit eines bestimmten Mindestabsatzes, besonders hohe Gewinnchancen (vor allem bei der Kriegsproduktion), Streben nach Marktbeherrschung, Druck hoher Löhne u. a. In der Gesamttendenz überwiegen trotzdem die hemmenden Momente.

### *Preisinflation zerstört ihre eigenen Grundlagen*

Dieser monopolistischen Marktpolitik wohnt die Tendenz einer ständigen Preisinflation inne. So unmerklich sie im einzelnen ist, so unaufhaltsam hat sie sich im letzten halben Jahrhundert immer wieder durchgesetzt. Der Trend der Preisindizes weist unentwegt nach oben. Alle Rückschläge, zu denen die monopolistische Abschließung der Märkte und diese Preisinflation ihrer Natur nach führen, sind stets durch erneute und immer höher führende Anstiege abgelöst worden.

Die monopolistische Abschließung der nationalen Märkte hat zum *Zerfall der Weltwirtschaft*, ihrer Auflösung in eine Vielzahl von Marktgebieten geführt, die mehr oder minder hermetisch gegeneinander abgeschlossen sind. Der noch bestehende Verkehr miteinander macht schwierige Verhandlungen und komplizierte Austausch-Verfahren für Güter und Zahlungsmittel nötig. Diese Abschließung hat in der großen Krise als Notmaßnahme schließlich zur *Devisen-Zwangswirtschaft* geführt, die seitdem nicht mehr von der Bildfläche verschwunden ist und auch nicht verschwinden kann, solange ihre Voraussetzungen bestehenbleiben. Mit der Devisenzwangswirtschaft ist aber auch der Kapitalfluß von den reichen zu den ärmeren Ländern versiegt und muß heute durch *staatliche Hilfgelder* (Marshall-Plan, Colombo-Plan und Punkt-Vier-Programm) ersetzt werden. Dadurch wird die Entwicklung der wirtschaftlich schwächeren Länder gehemmt. Noch verhängnisvoller ist diese Abschließung für die europäischen Industrieländer, die für die Versorgung ihrer Bevölkerung zwingend auf Lebensmittel- und Rohstoff-Einfuhren angewiesen sind. Daraus werden die derzeitigen Bemühungen um eine Liberalisierung verständlich.

Diese lebensbedrohende Abhängigkeit von Außenmärkten, auf die man keinen Einfluß hat, ist für die faschistischen Systeme in Deutschland und Italien der wirtschaftliche Beweggrund für ihre *imperialistischen Kriege* geworden; zumal sie sich durch den Verlust kolonialer Einflußgebiete als Folge des ersten Weltkrieges gegenüber den „Plutokratien“ für unrechtmäßig benachteiligt ansahen.

Im System der Markt-Monopolisierung steckt ein unausweichlicher *Zwang zur Expansion*. Er ist eine Unruhequelle, die aus jedem wirtschaftlichen Rückschlag eine Katastrophe zu machen droht. Wenn in einem krisenhaften Rückgang von Absatz und Beschäftigung die Mechanik der Monopolabreden und des Protektionismus unwirksam wird, muß durch staatliche Maßnahmen der nötige Absatzmarkt geschaffen werden. Das kann auf dem Wege des New Deal geschehen. Dem Wesen der Monopolisierung entspricht es aber fast noch mehr, einen beliebig erweiterungsfähigen Absatzmarkt zu schaffen, der unfehlbar einen „natürlichen“ Verkäufermarkt entstehen läßt. Der sichere Tip dafür ist die Aufrüstung; doch jeder unvorsichtige Funke kann dann das volle Pulverfaß zur Explosion bringen. Mit Notwendigkeit führt die Monopolisierung jedoch zu einer Krise. Wie bei einer Schere wirken hier die Beschneidung der Massenkaufkraft und der verstärkte Zwang zur Investition aus überhöhten Gewinnen zusammen.

Durch die Markt-Monopolisierung wird die *Massenkaufkraft vermindert*; denn durch die Beschränkung des Angebots werden höhere Preise erzielt und so die Einkäufe der Verbraucher verteuert. Mit der gleichen Geldmenge können sie daher weniger Waren kaufen. Ihr Lebensstandard wird unter das Maß gesenkt, das den technischen Möglichkeiten des Produktionsapparats entspricht. Die Produktion darf also nicht ihr Höchstmaß erreichen, sondern müßte auf einem relativ niedrigeren Stand stabilisiert werden.

Im Wesen der Monopolisierung liegt es jedoch, daß jeder Beteiligte einen möglichst hohen Anteil am Monopol zu erreichen sucht. Die überhöhten Gewinne werden folglich nur zum Teil für den Luxusverbrauch ausgegeben. Ein beachtlicher, meist sogar

der größere Teil wird für neue Investitionen, für Rationalisierung und Erweiterung des Betriebes verwandt. Damit ist zwangsläufig eine Erhöhung des Angebots verbunden, die aber sofort an die Grenze der Marktbeschränkung und der unzureichenden Massenkaufkraft stößt. Der Absatz muß also erweitert werden. Das kann geschehen durch Steigerung des Auslandsabsatzes, wobei oft erheblich niedrigere Preise als für den Inlandsabsatz in Kauf genommen werden. Quotenkauf oder Aufkauf eines Konkurrenzunternehmens erweitern ebenfalls den Marktanteil. Daher ist die zunehmende Konzentration des Kapitals ein Kennzeichen dieser monopolistischen Marktwirtschaft. Diese Konzentration des Kapitals ist nicht zwangsläufig mit einer Konzentration der Betriebe verbunden. Naturgemäß besteht das Bestreben, einen aufgekauften Betrieb nicht stillzulegen, sondern irgendwie in das eigene Produktionsprogramm einzubauen. Aus der Investition, die zur Erweiterung der Absatzbasis diene, ergibt sich so häufig genug der Drang nach neuer Investition. Daraus entsteht dann die immer wieder erhobene Klage über den *Kapitalmangel*, obwohl der Produktionsapparat, gemessen am derzeit möglichen Absatz, schon übersetzt ist. Da aber alle diese Investitionen von privaten und unkoordinierten — auf privater Basis auch unkoordinierbaren — Entschlüssen abhängen, wächst der Produktionsapparat schließlich über das Maß hinaus, das dem beschränkten Massenverbrauch entspricht. Da diese Investitionen vorher einen erheblichen Konjunkturauftrieb mit starker Ausweitung der Kredite und der Börsenspekulation erzeugt haben, führt der Absatzmangel leicht zu einem schlagartigen, krisenhaften Zusammenbruch. Dann wird der Ruf nach Staatshilfe laut. Nach der Sozialisierung der privatwirtschaftlichen Verluste kann dann ein neuer Anstieg von einem zwar tieferen Stand aus erfolgen, der aber immer noch erheblich höher liegt als der vorherige Ausgangspunkt.

Diese Entwicklung kann auch vom Ausland her ausgelöst werden. Trotz des Zerfalls der Weltwirtschaft ist die gegenseitige Abhängigkeit der nationalen Märkte doch so groß, daß die Krise in einem Marktgebiet krisenhafte Rückwirkungen auch in den meisten anderen Marktgebieten auslöst. In diesem Sinne hat die Konjunkturerwicklung in den USA heute z. B. überragende Bedeutung für die gesamte Weltwirtschaft.

Die Monopolisierung der Märkte hat die kleineren Schwankungen der Konjunktur gemildert, aber die Unsicherheit der gesamten Konjunkturerwicklung erheblich vermehrt. Erträglich ist sie nur dadurch, daß die zahlreichen Lenkungs Eingriffe im gesamtwirtschaftlichen Interesse (wie in den USA) und die Vollbeschäftigungssysteme einzelner Länder diese Krisenwirkungen erheblich abbremsen und mildern.

#### *Preisinflation und „Lohn“-Preis-Spirale*

Die *Beschränkung der Massenkaufkraft* hat nicht nur produktionstechnische Wirkungen nachteiliger Art. Sie führt auch zu starken gesellschaftlichen Spannungen. Durch sie wird der Lebensstandard der breiten Massen, aller Arbeiter, Angestellten, Beamten, eines Teiles der freien Berufe und des kleinen Mittelstandes, beschränkt. Daraus ergibt sich natürlich die Forderung, die Einkommenshöhe dieser Schichten den gestiegenen und ständig steigenden Kosten der Lebenshaltung anzupassen. Der einzelne Berufstätige dieser Schichten steht unter dem unausweichlichen Zwang, seine Arbeitskraft oder seine Dienste um jeden Preis anbieten zu müssen, wenn er existieren will. Nur durch den Zusammenschluß mit seinen Berufskameraden kann er seinen berechtigten Forderungen Gehör verschaffen. Darin besteht die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Ist diese hinreichend stark, dann gelingt es, die Anpassung der Lohn- und Gehaltshöhe einigermaßen zu sichern.

Schon der Ausdruck „Anpassung“ weist darauf hin, daß die Preisinflation die bestimmende Komponente in diesem Kampf ist. Wenn daher die Anpassung der Arbeitseinkommen als „Lohn-Preis-Spirale“ angeprangert wird, so setzt man hier die

## VERKÄUFERMARKT UND PREISINFLATION

Wirkung für die Ursache und stellt damit die Dinge auf den Kopf. Allerdings werden diese Lohn- und Gehaltserhöhungen wieder zum Vorwand für neue Preiserhöhungen genommen; und die Stärkung der Massenkaufkraft durch diese Erhöhung der Arbeits-einkommen macht das meistens auch möglich. Das heißt aber doch nur, erneut die Ursache zur Wirkung zu stempeln.

Wie war die Entwicklung in Westdeutschland während der letzten Jahre? Der Tiefstand der Löhne war 1948 bei der Währungsreform so eindeutig, daß der Ausgang dieser Spiralenbewegung nur auf der Preisseite gesucht werden kann. Die monopolistische Stellung der Warenbesitzer war so unverkennbar, daß niemand übersehen konnte, daß die Freigabe der Preise einen Verkäufermarkt, ein Preismonopol erster Ordnung herbeiführen würde. Die besonnene und zähe Arbeit der Gewerkschaften hat diese Unterlegenheit der Lohnbezieher erheblich korrigiert. Die Löhne der gewerkschaftlich gut organisierten Berufsgruppen haben beachtlich aufgeholt und wenigstens den Stand von 1936 wieder erreicht, vereinzelt sogar überschritten. Wie unzulänglich diese Lohnhöhe von 1936 aber ist, zeigt die nachstehende Indexbewegung:

Jahr	Männer			Frauen	
	Facharbeiter	angelernte	Hilfsarbeiter	Facharb. u. angelernte	Hilfsarbeiterin.
1928	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1930	107,2	107,6	107,3	107,1	107,5
1933	81,9	88,0	82,8	85,7	87,0
1936	81,7	88,2	82,7	85,5	87,7

Bei den nur mäßig organisierten und dazu noch gewerkschaftlich zersplitterten Angestellten ist die Anpassung an die davonlaufenden Preise in wesentlich unbefriedigenderem Maße gelungen. Das gleiche gilt für die *Besoldung der Beamten*:

Jahr	Gehaltsindex	Gesamtindex der Erzeugerpreise*	Großhandels- und umgerechnet
1928	100	140	= 100
1952	etwa 150	277	= 198
Steigerung	50 vH		98 vH

\* Die Einzelhandelspreise weisen eine noch stärkere Steigerung auf. Vergl. Kurve Seite 156.

Eine schlagartige, völlige Anpassung dieser Gehälter an den gegenwärtigen Stand der Preisinflation würde bei der angespannten Lage unserer öffentlichen Finanzen ohne weiteres den Beginn einer Geldinflation bedeuten. Diese Anpassung wäre zur Zeit nur durch eine entschiedene Bekämpfung der Preisinflation zu erreichen. Das bedingt jedoch eine völlige Umkehr der offiziellen Wirtschaftspolitik, die von der heutigen Regierung nicht zu erwarten ist.

Es erweist sich auch in der Frage der Preisinflation als Folge monopolistischer Märkte, daß der Erfolg des rein gewerkschaftlichen Lohnkampfes aufs engste mit der Wirtschaftspolitik verknüpft ist und in hohem Maße von deren Gestaltung abhängt.